

Anton Weber, emähigt, und die ichtert, daß keine achtens verzichten

ahn, 76 J. 23 J. n., Bäcker.

8 Seiten Beilage

in Norden streiten für Sonntag bedecktes und

aufbau! spende!

unserer Zeitung, ger Jubiläums-

en tion

holz - Verkauf

ten Montag an men Straßen.

menkunft um 1/2 2 a Spital und um beim Eisen- schlaß. 889

stige Nagold.

aschen- beln

aben in der ndlung Zaiser

. Gottesdienste Nagold

okavit, 6. März, u 8 Tag, vom 1/10 4, Landesurlaub), 10 Uhr Predigt, 12 Uhr Gottesdienst.

st. Gottesdienste Nagold

den 6. März (Anbetung). Beginn 8 Uhr, 10 Uhr Schlusß abends

den 7. März, Gottesdienst in

den 9. März, 10 Uhr Bibelung, den 10. März, Gottesdienst in

st. Gottesdienste Nagold

haujen: 2 U. u. Donners- Gottesdienste.

Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feiertunden“ und „Unsere Heimat“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.60
Eingelnummer 10 J
Erscheint an jedem Werktage
Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
Satzstellung, Druck u. Verlag von G. W. Sailer (Karl Sailer) Nagold



Anzeigenpreise:
Die einpaltige Stelle aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 J, Familienanzeigen 12 J, Reklame-Seite 45 J, Sammelanzeigen 50%, Aufschlag für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen

Telegramm-Adresse: Gefellschafter Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfachkonto Stuttgart 5118

Nr. 54 Montag, den 7. März 1927 Fernsprecher Nr. 29 101. Jahrgang

Tagespiegel

Die deutsche Völkerbundsabordnung ist nach Genf abgereift.
Die Reichsregierung will dem Reichstag vorschlagen, die ermäßigten Getreidezölle bis zum 31. Juli beizubehalten.
Zum sächsischen Innenminister wurde der Universitätsprofessor Dr. Apelt ernannt.
Das Auswärtige Amt in Mexiko erklärte, Votschaster Tellez werde nach Besuch seines kranken Bruders demnächst nach Washington zurückkehren.
Der chinesische Kommissar in Schanghai hat die Zurückziehung der außerhalb der Konzession befindlichen englischen Truppen gefordert.

Die koloniale Frage

Vorbereitungen für eine Verständigung?
Bei den Verhandlungen in Genf haben die Verbündeten die „Berechtigung“ Deutschlands auf Wiedererwerb von Kolonien anerkannt und beglaubigt. Nur „seien gerade keine Mandate frei“ entschuldigte sich Chamberlain hinterher. Daß wir verstanden haben, zu kolonisieren, ist lange schon nicht mehr nur Wissen Eingeweihter. Und schließlich haben wir vor der anständigen Welt ein Recht auf Wiedergutmachung, nachdem die koloniale Schuldfrage gefallen ist. Dies zu befreiten, ist unanständig.

Neulich hat es im englischen Unterhaus wieder eine „Mandatsausprache“ gegeben. Der Gouverneur des Tanganjika-Gebiets (früher Deutsch-Ostafrika) hatte sich unvorsichtig ausgedrückt, und Ameru, der britische Kolonialminister, hatte die Aufgabe, für ihn einzustehen. Da wird immer darauf herumgeritten, ob es möglich sei, Großbritannien ein Mandat zu entziehen, und diese Frage wird von der Regierung prompt verneint. Sie sagt: Erst haben die Verbündeten die deutschen Kolonien unter sich verteilt, und dann haben sie den Völkerbund zum Hüter ihrer „Mandate“ eingesetzt. Daß sie es taten, um die Anrechnung dieser Milliardenwerte auf Kriegsschuldigung zu verhüten, sei nur nebenbei erwähnt. Sie zwangen Deutschland ausdrücklich, auf alle Rechte in und an seinen überseeischen Besitzungen usw. zu verzichten. Aber, und darauf kommt es uns an, sie begründeten die Erpressung des deutschen Verzichts mit der Schuldfrage.

Als die Frage verhandelt wurde, Togo und Kamerun an Deutschland zurückzugeben, wies Frankreich darauf hin, daß dann Englands Anteil zu klein wäre. Daß die Dinge noch im Fluß sind, beweist die Aufgeregtheit der Kenyasiedler, die hinter den Erwartungen zurückbleibenden Aufwendungen der britischen Regierung, die Verschlossenheit der Londoner City und die immer wiederkehrenden Anfragen im Unterhaus. Was fehlt, ist der Verhandlungssitz. Nicht ohne Interesse las man dieser Tage in der belgischen Handels-Zeitschrift „Bulletin de l'Industrie et du Commerce“, daß in kurzer Zeit die koloniale Frage wieder aufgerollt werden müsse; die Kolonialrevision sei eine logische Folge von Locarno. Das Blatt schrieb wörtlich: „Die besten belgischen Kolonialmänner versichern, daß man Deutschland als Mitarbeiter in Afrika gewinnen müsse. Wäre Deutschland nicht ein guter Verbündeter? Man sollte sich noch einmal dessen erinnern, was der vorausschauende Pierre Daze schreibt: Könnte Deutschland nicht eine wertvolle Stütze gegen eine südafrikanische oder englische Invasion sein?“

Wir haben kein Interesse daran, unsere kolonialen Forderungen, zu denen uns Not und Ansehen gleichermaßen treiben, in eine Gegnerschaft gegen England durchzusetzen. Es muß aber doch gesagt werden, daß eine Verquickung der kolonialen Frage mit den europäischen Ostfragen, wie es England vielleicht möchte, zu Verwicklungen führen würde, deren Lösung nicht abzusehen ist. Allein der Weg einer diplomatisch vorbereiteten Konferenz der afrikanischen Kolonialmächte unter Einbeziehung Italiens, dessen wirtschaftliche und bevölkerungspolitische Lage der Deutschland verwandt ist, bietet Gewinn für alle. Eine solche Konferenz könnte auch besonders dann nicht unbedenkliche Reibungsflächen beseitigen, wenn ihr politischer Rahmen etwas weiter gespannt würde. Ein Funkspruch wollte vor kurzem wissen, daß Mussolini und Stresemann im Sommer eine Aussprache auch hierüber haben werden. Bestimmt drängt Italien auf Auflösung der Gesamfrage. Und sicherlich weiß auch Lord d'Abernon, der Stresemann in Sanlands verwandt ist, bietet Gewinn für alle. Eine solche Konferenz, daß einmal Ernst gemacht werden muß.

Reichsmittel für kulturelle Zwecke

Beratungen des Haushaltsausschusses
Berlin, 5. März. Im Haushaltsausschuß begründete Erz. v. Harrach, der Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die Notwendigkeit der Errichtung eines Auslandsinstituts. Durch die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit werde eine unmittelbare Zusammenarbeit der deutschen Gelehrten erzielt. Der Auschuß erhob auf Antrag

Räumungsbesprechungen in Genf

Die Sicherheitsfrage durch Locarno gelöst
Berlin, 6. März. Die „Tägliche Rundschau“ nimmt die gestern abend erfolgte Abreise der deutschen Delegation nach Genf zum Anlaß einer Vorschau auf die dort zur Sprache kommenden Probleme und behandelt besonders ausführlich die Rheinlandfrage, die zwar nicht auf dem Programm steht, doch wahrscheinlich Gegenstand von vertraulichen Besprechungen Dr. Stresemanns mit dem französischen und englischen Außenminister sein dürfte. Man wird erwarten können, so schreibt das Blatt, daß die Lösung der Rheinlandfrage durch die Genfer Besprechungen weiter gefördert wird. Jedenfalls wird man von deutscher Seite aus versuchen, die Schwierigkeiten, die einer wirklichen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland immer noch im Wege liegen, nach Möglichkeit zu beseitigen. Dabei wird man allerdings im Auge behalten müssen, daß große Entscheidungen auf diesem Gebiete in Genf nicht fallen können. Auf französischer Seite verfährt man immer noch die Notwendigkeit besonderer Sicherheiten. Man denkt an die Einsetzung irgend welcher Kontrollorgane. Es versteht sich von selbst, daß von solchen Zugeständnissen keine Rede sein kann. Deutschland ist der Ansicht, daß die Sicherheitsfrage durch die Locarnoverträge restlos gelöst ist. Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß die Bedingungen durchaus erfüllt sind, die nach Artikel 431 des Versailler Vertrages einer vorzeitigen Räumung des besetzten Gebietes führen müssen. Auf dieser Grundlage werden wohl von unserer Seite die Verhandlungen in Genf geführt werden, wenn auch eine nach außen hin sichtbare diplomatische

Aktion auf Grund des Artikels 431 zurzeit nicht beabsichtigt ist.

Der neue preussische Justizminister
Berlin, 6. März. Der Ministerpräsident Braun hat den Senatspräsidenten beim Kammergericht, Dr. Schmidt, zum Staatsminister und Justizminister ernannt. Ministerpräsident Braun hat an den scheidenden Justizminister Amrehnoff ein in herzlichen Worten gehaltenes Dankschreiben gerichtet.

Deutschlands Neutralität
Berlin, 6. März. Aus Paris werden auf Grund angeblicher Informationen aus englischen und französischen politischen Kreisen von einer Nachrichtenagentur Darstellungen verbreitet, wonach Chamberlain in Genf beabsichtige, das ganze D it p r o b l e m aufzurollen, um eine breite antirussische Front herzustellen und namentlich Deutschland zur Lockerung seiner deutsch-russischen Beziehungen zu bewegen. Als Gegenleistung werde er vielleicht seine Unterstützung der deutschen Ansprüche auf Rheinlandräumung anbieten.
Der „Berliner Börsencourier“ bemerkt dazu, daß an zuständigen deutscher Stelle nicht das geringste von solchen englischen Versuchen bekannt ist, und es niemanden einfallt, diese Kombinationen ernst zu nehmen. Nicht nur der Reichskanzler hat in den letzten Tagen wiederholt darauf hingewiesen, daß Deutschlands Stellung zu der augenblicklichen Verschärfung der russisch-englischen Beziehungen von vornherein klar und gegeben ist. Die gesamte deutsche öffentliche Meinung ist einig darin, daß für Deutschland auf Grund der Verträge von Locarno, Rapallo und Berlin keine andere als eine durchaus neutrale Haltung in Betracht kommt.

Dr. Schreiber (Ztr.) den Zuschuß zu den Kosten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf 1 100 000 RM. Nach einem Bericht des Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) über den Auschuß für Ostfragen beschloß der Auschuß, die Reichsregierung möge im Benehmen mit der preussischen Regierung ein zusammenhängendes Programm vorlegen für die wirtschaftliche und kulturelle Sicherung und Stützung der gefährdeten Ostmarkt in den kommenden Jahren. Angenommen wurde eine sozialdemokratische Entschlieung, worin die Reichsregierung ersucht wird, im Einvernehmen mit den Regierungen der Länder die Geschichtsschulbücher nachzuprüfen, ob sie dem Art. 148 Abs. 1 der Reichsverfassung entsprechen, und eine soz. Entschlieung, die die Reichsregierung um Vorlage eines Reichsgesetzes für die Lehrerbildung und eines Reichsberufsschulgesezes ersucht. Angenommen wurde ferner eine Entschlieung Dr. Schreiber (Ztr.), worin die Reichsregierung ersucht wird, in eine beschleunigte Prüfung einzutreten, wie der Notlage der belagerten deutschen Geistesarbeiter zu feuern ist und gegebenen Falls in einem Nachtragshaushalt die erforderlichen Mittel anzufordern. In dem Artikel, der die Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke vorsieht, fand Abg. Berndt (Dn.) die 50 000 RM. für die Förderung der künstlerischen Handwerkskultur viel zu gering. Bei dem Etatitel, der die Förderung kultureller gemeinnütziger Einrichtungen und Vereinigungen zum Gegenstand hat, wurde bemängelt, daß nach den Erläuterungen diese Mittel rein fiskalischen Zwecken zugute kommen sollen. Abgeord. Dr. Löwentstein (Soz.) erklärt, die Sozialdemokratie lehne grundsätzlich derartige Fonds ab. Die von den Sozialdemokraten und Kommunisten beantragte Streichung dieses Titels wird abgelehnt, der auf 500 000 RM. bemessene Fonds entsprechend einem Antrag der Regierungsparteien mit 11 gegen 8 Stimmen auf 1 Million Mark erhöht.

Frankreichs Mobilisierungsgesetz

Dienstpflicht ohne Unterschied des Alters und Geschlechts
Paris, 6. März. Die Kammer hat die Einzelberatung des Gesetzentwurfs betreffend die Organisation der Nation für die Kriegszeit fortgesetzt. Kriegsminister Painlevé hielt eine Rede, in der er u. a. ausführte, er sei durch den neuen Organismus der nationalen Verteidigung vollkommen beruhigt. Der Gesetzentwurf organisiere die Verteidigung mit Hilfe der ganzen Bevölkerung. Eine Regierung würde einen so umfangreichen Mobilisierungsapparat erst in Bewegung setzen können, wenn sie alle anderen Mittel erschöpft habe und der einstimmigen Zustimmung der Nation sicher sei. Die radikalen Abgeordneten Pinard und Chaumier zeigten sich in der Aussprache beunruhigt darüber, ob nicht Artikel 1 des Entwurfs einen Verzicht Frankreichs auf die Haager und Londoner Abmachungen über den Schutz der Nichtkämpfer in sich schließe. Der Abgeordnete Loucheur sprach sich für die Annahme des Gesetzes aus. Wenn Frankreich in einem Einfall ausgelehrt sein würde, dürften die Feinde Frankreichs dieses Gesetz nicht zum Vorwand nehmen, um Deportierungen von Frauen vorzunehmen. Ein kommunistischer Antrag auf Streichung des Artikels 1 wurde mit 300 gegen 30 Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag des unabhängigen kommunistischen Abgeordneten Ernest Lafont, der die Streichung der Worte „ohne Unterschied des Alters und Geschlechts“ in Artikel 1 verlangt.

Britisch-chinesisches Abkommen über Kiuksiang

London, 6. März. „Times“ berichtet aus Schanghai, daß das Abkommen bezüglich der Zukunft der Kiuksiangkonzession von O'Malley und dem nationalchinesischen Vertreter unterzeichnet wurde. Die frühere britische Konzession und der britische Gemeinderat verschwinden, der Polizeidienst wird von Chinesen übernommen, das britische Gemeindeeigentum wird auf den Kiuksiang-Club übertragen. Die Chinesen erklären sich bereit, 40 000 Dollar für Verluste, die durch Plünderungen verursacht wurden, zu bezahlen. Kiuksiang wird somit zum Status eines gewöhnlichen Vertragshafens zurückkehren wie Futschou oder Tschefu. „Times“ schreibt, es habe bereits seit einiger Zeit die Ansicht bestanden, daß kleinere Konzessionen, wie die von Kiuksiang und Tschinkiang und Amoy, ohne ernstlichen Bedauern preisgegeben werden können. Der Entschädigungsbetrag werde wahrscheinlich nicht einmal die Hälfte aller angerichteten Schäden decken, aber es verdiene hervorgehoben zu werden, daß die Chinesen überhaupt eine Entschädigung zugestanden haben.

Verurteilung wegen verurteilter Spionage

Leipzig, 6. März. Der 5. Senat des Reichsgerichts verhandelte unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den Polizeiwachmeister Heinrich Keul aus Wiesbaden. Keul wurde beschuldigt, im Herbst 1925 auf Veranlassung von französischen Nachrichtensoffizieren an den Manövern der Reichswehr in Thüringen teilgenommen und versucht zu haben, Nachrichten, die im Interesse der Landesverteidigung geheim gehalten werden sollen, dem französischen Spionagedienst zu übermitteln. Er wurde wegen verurteilten Verrats militärischer Geheimnisse und verurteilten Spionagevergehens nach § 348 des Strafgesetzbuches zu 7 1/2 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Neuestes vom Tage

Telegrammwechsel zwischen Coolidge und Hindenburg

Berlin, 6. März. Anlaßlich der Eröffnung des deutsch-amerikanischen Kabels fand heute zwischen dem Reichspräsidenten v. Hindenburg und dem Präsidenten Coolidge ein Telegrammwechsel statt. Reichspräsident v. Hindenburg telegraphierte:

Mit Genugtuung begrüße ich die Wiederherstellung der direkten Kabelverbindung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika, und es gereicht mir zur besonderen Freude, Ihnen, Herr Präsident, und dem amerikanischen Volke anlaßlich der Eröffnung des neuen Emden-Azoren-Newport-Kabels meine aufrichtigsten Glückwünsche zum Ausdruck zu bringen. Ich hoffe zuversichtlich, daß die von amerikanischen und deutschen Gesellschaften gemeinschaftlich hergestellte neue telegraphische Verbindung immer dazu beitragen wird, das gute Einvernehmen zwischen unseren Ländern und ihre wirtschaftlichen Interessen zu fördern und zu erhalten.

Präsident Coolidge antwortete:

Mit großer Freude benutze ich die Gelegenheit der Eröffnung der direkten Kabelverbindung zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland, um Em. Excellenz meine herzlichsten Grüsse zu senden und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß dieses neue Verkehrsmittel das gegenseitige Verständnis und das gute Einvernehmen zwischen den beiden Ländern fördern wird.

Die Reichsbahn gegen die Binnenschifffahrt

Ausschüttung des Südwestdeutschen Kanalarvereins

Stuttgart, 6. März. Hier fand eine Sitzung des Vorstands und des großen Ausschusses des Südwestdeutschen Kanalarvereins statt. Dabei wurde die diesjährige Mitgliederversammlung auf 17. und 18. Juni in Mannheim-Heidelberg festgesetzt. Als erster Redner sprach Geheimer Baurat Prof. Dr. de Thierry über den Ernst des Kampfes hin zwischen Reichsbahn und Wasserstraßen, der sich jetzt zugespitzt habe. Der Grund hierfür liege in der Tatsache, daß der Verkehr auf den Wasserstraßen und der Reichsbahn gegenüber dem Verkehr des Jahres 1913 um 20 v. H. zurückgegangen sei. Tatsache sei, daß alle Schifffahrtstreibenden, daß die gesamte Binnenschifffahrt Not leide. Diese ungünstige Lage der Binnenschifffahrt werde darauf zurückgeführt, daß die Reichsbahn durch zielbewußte Tarifpolitik die Binnenschifffahrt auszuschließen suche. Es seien besonders die Abfertigungsgebühren der Reichsbahn, die für jede Ladung und Entfernung gleich seien, die die Schifffahrt belasteten. Die Binnenschifffahrt leide hierunter in besonderem Maße. Die Reichsbahn fahre gewisse Massengüter unter Selbstkosten, während andere Güter diesen Ausfall tragen müßten. Die Steinwägen, wie der Redner die Großstädte bezeichnete, seien das Produkt der Eisenbahnen, die zentralisierend auf Industrie und Handel wirkten, während durch Wasserstraßen eher eine Dezentralisation in dieser Hinsicht möglich sei. Beim Ueberblicken der Kanalprojekte stellte der Referent fest, daß der Mittellandkanal unbedingt zu Ende geführt werden müsse, sollten nicht alle anderen Kanalprojekte, wie z. B. Neckar- und Donaukanal, hinfällig werden. In der hieran anschließenden Aussprache ergriff Dr. Weber als Vertreter der Schifffahrt das Wort, der den Plan, den Neckar Kanal zu bauen, als durchaus gesund bezeichnete. Als klassisches Beispiel für die Tarifpolitik der

Reichsbahn führte er einen Fall an, in dem die Frucht für ein bestimmtes Produkt über eine Strecke von 200 Kilometern um 8 M. teurer sei als über eine solche von 800 Kilometern. Eine derartige Tarifpolitik sei ein Unfuss. Die Entscheidung müsse fallen, ob das für die Kanäle verbauten Geld verloren sein solle oder ob eine Einigung zwischen Reichsbahn und Binnenschifffahrt herbeigeführt werden könne.

Im weiteren Verlauf der Aussprache stellte sich heraus, daß auf Grund einer Nachprüfung seitens des Reichsverkehrsministeriums die Frage der Wirtschaftlichkeit des Neckar Kanals bejaht wurde. Oberbürgermeister Dr. Mühlberger-Ehlingen wies auf die soziale Seite der Angelegenheit hin und hob die Gefahr hervor, die durch Aufgabe des Kanalbaues hinsichtlich der Arbeitslosigkeit heraufbeschworen wurde. In einem Schlusswort betonte Herr Geheimer Baurat Prof. Dr. de Thierry die Notwendigkeit des Wettbewerbs zwischen Eisenbahn und Kanalschifffahrt. Das Argument, die Reichsbahn müsse hochgehalten werden, da sie die Dameslasten aufzubringen habe, sei nicht ganz gerechtfertigt, denn die Wirtschaft müsse die Frachten bezahlen, die durch ihre Unzulänglichkeit die Wirtschaft schädige, und dadurch immer weniger leistungsfähig wurde. Hierauf wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Vorstand und großer Ausschuss des Südwestdeutschen Kanalarvereins fordern in dem Streit über die Wasserstraßenpolitik des Reichs, daß, wie bisher, alle neuen Kanalpläne vor ihrer Inangriffnahme einer scharfen Prüfung auf Wirtschaftlichkeit unterzogen werden, daß aber Wasserstraßen, die — wie der Neckar Kanal — schon in der Ausführung begriffen sind und deren Wirtschaftlichkeit auch unter den heutigen Verhältnissen wiederholt nachgewiesen ist, beschleunigt durchgeführt werden, damit sie sobald als möglich dem deutschen Binnenschifffahrtverkehr und der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden können.

Das württ. Ministerpensionsgesetz

Annahme im Finanzausschuss

Stuttgart, 6. März. Der Finanzausschuss lehnte die Beratung des Ministerpensionsgesetzes fort. Zunächst kam Staatspräsident Bazille noch auf die formelle Fassung von Art. 6 zurück. Der neue Vorschlag fand die Billigung des Ausschusses, ebenso bei Art. 7. Bei Artikel 8 (Uebergangsbezüge für die Nichtbeamtenminister) hielt ein soz. Redner die neue Ordnung nicht für besser. Staatspräsident Bazille wandte sich in rechnerischen Darlegungen gegen diese Auffassung. Dr. Schall beantragte Uebergangsbezüge auf die Zeit, die er Minister gewesen ist, jedoch auf mindestens 3 Monate und höchstens 2 Jahre. Die gleiche Meinung äußerten Vertreter des Zentrums und der Bürgerpartei, ohne an der Absicht des Entwurfs etwas ändern zu wollen. Der Staatspräsident hielt an dem Entwurf fest und besetzte, daß Härten mit Hilfe von Art. 14 beseitigt werden können. Ein volksparteilicher Redner wünschte, daß der Begriff des Nichtbeamtenministers im Gesetzestext festzulegen werde. Der Antrag Dr. Schall wurde mit 6 Ja gegen

3 Nein und 3 Enthaltungen abgelehnt. 3 Abgeordnete verweigerten die Abstimmung. Die Artikel 9 und 10 wurden angenommen. Bei Art. 11 (Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge beim Antritt des Amtes) stellte der Abg. Andre (Z.) den Antrag, als Bedingung für den Ruhegehalt bei 58-jähriger Ministerzeit das 58. statt des 60. Lebensjahres zu setzen. Dieser Antrag wurde gegen 2 Komm. Stimmen angenommen.

12 wurde in der vorgelegten Fassung mit 10 gegen 4 Stimmen (2 Komm., 2 Dem.) und 1 Enthaltung (D.V.) angenommen. Art. 13 behandelt die Ordnung der Ruhegehaltsverhältnisse der früheren königlichen Minister. Dem Gesetz soll auch für diese Minister rückwirkende Kraft zugesprochen werden. Der Mindestbetrag des Ruhegehalts ist derjenige Ruhegehalt, der ihm bei seiner Zurücksetzung nach Art. 48 des Beamtengesetzes zustand (woherworbene Rechte). Der Artikel wurde mit 10 gegen 5 Stimmen angenommen. Art. 14 wurde angenommen, ebenso die Artikel 15 und 16.

Württemberg

Stuttgart, 6. März.

Verhütung von Anschlägen auf Eisenbahnen durch Schulkinder. Das Kultministerium hat folgende Bekanntmachung erlassen: Die Anschläge auf Eisenbahnzüge durch Steinwürfe, Schießereien, falsche Lichtzeichen, Störungen an Signalrichtungen, Anbringen von Steinen, Holz und dergl. auf den Schienen haben sich, besonders nach dem Vorfall von Leiferde, erheblich vermehrt. Nach Mitteilung der Reichsbahndirektion Stuttgart sind auch in Württemberg in letzter Zeit wiederholt fahrende Züge durch Steinwürfe von Schulkindern gefährdet worden. Die Schulen werden angewiesen, an Hand der Bildtafeln, die in nächster Zeit zur Verteilung kommen, die Schüler in regelmäßigen Zwischenräumen eindringlich zu belehren und auf die schweren Folgen derartiger unverantwortlicher Handlungen hinzuweisen.

Das amtliche Fernsprechbuch für den Oberpostdirektionsbezirk Stuttgart wird nach dem Stand vom 1. April d. J. neu ausgegeben werden. Anträge auf Herstellung von Neuanschlüssen sowie Anträge auf Verlegung bestehender Anschlüsse nach einem anderen Grundstück können in der Neuauflage des amtlichen Fernsprechbuchs nur dann berücksichtigt werden, wenn sie bis 15. März bei der zuständigen Fernsprechvermittlungsstelle vorliegen. Später eingehende Anträge können in der nächsten Auflage nicht mehr berücksichtigt werden.

Gebrauchs-Hundeschau. Die Ortsgruppe Stuttgart des Deutschen Schäferhunderbunds (DSB.) veranstaltet am Sonntag, den 3. April in Stuttgart in Gemeinschaft mit dem Verein zur Züchtung reiner Jagdhunde in Württemberg im Egerzierhaus der früheren großen Infanteriekaserne in der Rotenbühlstraße eine Katalogschau für Gebrauchshunde mit gleichzeitiger Vergebung des Landesjagertitels und anschließender Polizeihundeführung. Zuchtgruppen und Ehrenpreise von ganz erheblichem Wert stehen zur Verfügung der Richter.

ep. Aus der württ. evang. Jungmännerarbeit. Der Württ. Evang. Jungmännerbund hat im vergangenen Winter in seinen Vereinen bis Ende Februar etwa 50 Bibell Kurse veranstaltet. Angesichts der religiösen und sittlichen Krise, die sich auch auf dem Lande mehr und mehr bemerkbar macht, haben diese Kurse ihre besondere Bedeutung. Sie finden auch in den Gemeinden großen Anklang, fanden sich doch nicht selten 60, 80 und 100 Zuhörer, gelegentlich auch 200 oder 300 ein. Zurzeit zählt der Bund etwa 400 Vereine mit rund 20 000 Mitgliedern; 63 eigene Vereinshäuser und 59 eigene Spielplätze stehen ihm zur Verfügung. Am 2. März ging ein 4 wöchiger Lehrtours im Bundeshaus in Stuttgart zu Ende.

Vom Jugendhaus Schmie. In dem im letzten Jahr eingeweihten Mädchenherbolsheim „Jugendhaus Schmie“ bei Maulbronn, das dem Evang. Verband für die weibliche Jugend Württembergs gehört, rüsten sich gegenwärtig 17 Haushaltungsschülerinnen auf ihre Abschlussprüfung. Vier von ihnen werden den Sommer über als „Hausdächter“ im Heim bleiben. Neben der Haushaltungsschule fanden den Winter über mehrere Kurse und Freizeiten statt: ein Lehrgang für Vereinsleiterinnen, eine Singfreizeit, geleitet von

Johannes Fehle-Ebingen und ein Leiterinnenlehrgang. Nun beginnt sich das Haus wieder mit Erholungsgästen zu beleben, die teils von den Krankentafeln eingewiesen werden, teils auf eigene Kosten kommen.

Ludwigsburg, 6. März. Amtseinführung. Der neue Stadtvorstand Dr. Erich Schmid wurde am Donnerstag nachmittag in sein Amt eingeweiht. Nach Eröffnung der Gemeinderatssitzung durch Amtsverweser Dr. Walker wurde Dr. Schmid durch Oberregierungsrat Hase, den Vertreter der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsbeamte, vereidigt. Nachher fand ein Festessen im Ratsstiller statt, an dem sich etwa 170 Personen beteiligten.

Hall, 6. März. Vor der Stadtschultheißenwahl in Hall. In geheimer Sitzung setzte der Gemeinderat die Wahl des Stadtvorstands an Stelle des verstorbenen Stadtschultheißen Hauber auf Sonntag, den 10. April fest. Zur Einreichung von Bewerbungen wird die Stelle ausgeschrieben. Meldefrist bis 21. März. Die Vorwahl der Kandidaten findet am Montag, den 4. April statt.

Heilbronn, 6. März. 4 Millionen Stadtanleihe. Verwaltungsabteilung und Gemeinderat hatten eine nichtöffentliche Sitzung. Es dürfte sich dabei um die Genehmigung zum Abschluss eines Vertrags über eine städtische Anleihe gehandelt haben, die in Höhe von 4 Millionen aufgenommen werden soll.

Das erweiterte Schöffengericht Heilbronn verurteilte am 21. Dezember 1926 den Fellschneider Georg Gasser von Bauffen und die beiden ehemaligen Bankvorsteher der Depofitenkasse Lauffen der Deutschen Bank, Max Brüstle und Albert Häuser, jener in Lauffen, dieser nunmehr in Stuttgart, wegen verschiedener Betrugsfälle zu empfindlichen Gefängnisstrafen: Gasser zu 6 Monaten, Brüstle zu 12 Monaten und Häuser zu 6 Wochen. Sie legten Berufung ein. Das Urteil lautete auf Verwerfung der Berufung bei Gasser und Häuser, doch auf Ermäßigung der Strafhöhe bei Gasser auf 3 Monate Gefängnis, bei Häuser auf 300 M. Geldstrafe (statt der an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 3 Wochen); bei Brüstle wurde das Urteil des Schöffengerichts insoweit abgeändert, als in einem der Betrugsfälle auf Freisprechung erkannt wurde und die Gesamtstrafe eine Minderungs auf 8 Monate Gefängnis erfuhr.

Vom Lautertal, 6. März. Das Wiesel als Eierdieb. Fleißig gackerten die Hühner in der Scheuer eines Altdorfes. Immer wieder konnten aus dem Nest Eier geholt werden. Da fehlten auf einmal Tag für Tag die Eier. Der Dieb wurde durch Zufall entdeckt. Ein Wiesel sprang bei hellem Tag über den Hof und suchte Zuflucht unter einem Steinhaufen. Zwischen Kopf und Brust eingeklemmt trug der Dieb gewandt ein Ei.

Friedrichshafen, 6. März. Besuch spanischer Flieger. Die Flieger France und Ruizada sind Freitag abend von Madrid nach Friedrichshafen abgereist, um die dortigen Flugzeugwerke zu besuchen, die für ihren im Herbst geplanten Weltflug ein Wasserflugzeug bauen.

Kappel bei Buchau, 6. März. Kirchenbau. Vom Kapitulat-Bikariat in Rotenburg wurde Genehmigung erteilt für den Kirchenbau in Kappel zu sammeln. Dabei wurde eine ganz nette Summe heraus. Doch die Gemeinde übernimmt noch eine ganz gewaltige Baulast. Nun ist es geradezu rührend, zu sehen, wie ganz Kappel darin weilt, unentgeltlich Dienste am guten Werke zu tun. Die Grabarbeiten, die seit 2 Wochen stattfinden, haben noch keinen Pfennig verschlungen, ebenso das Abführen des Bodens. Viele junge Männer stellen sich freiwillig zur Arbeit, andere stellen Knechte oder Pferde und Fuhrwerk. So sind die Grabarbeiten so ziemlich beendet. In einigen Tagen wird man an den Abbruch der alten Kirche gehen, die das Baujahr 1473 trägt.

Elwangen, 6. März. 200 Kilometerflug eines Kinderballons. Beim Schafhütten auf dem Feld beim Süßhof fand ein Einwohner von Raitzstadt bei Elwangen einen mit Goldschiff gezielten Kinderballon aus Kolbsheim. Der Ort Kolbsheim liegt etwa 12 Kilometer westlich von Strahburg. Der von dem Kinderballon zurückgelegte direkte Weg würde demnach rund 200 Kilometer betragen.

Aus Stadt und Land

Magolb, 7. März 1927.

Aus dem Begehren ins Verehren, aus der Sinnlichkeit in die Ritterchaft. Lienhard.

Dienstnachrichten

Der Herr Staatspräsident hat je eine Lehrstelle an der evang. Volksschule in Altingen, O. Herrenberg, dem Unterlehrer Heinrich Schmid in Trochtelstingen, O. Neresheim, und Wolfenhausen, O. Rottenburg, dem Unterlehrer Karl Kohler in Wildbad, O. Neuenbürg, übertragen.

Der gestrige Sonntag

Frühling scheint es nun doch zu werden, auch wenn man manchmal im Schatten die Schultern fröstelnd hochzieht. Die liebe Sonne lockt und ruft hinaus und es wird den Menschen schwer, in ihren 4 Wänden zu bleiben. So konnte man gestern im Wald, Wiese und Feld die Spaziergänger sehen, die sich in der Frühlingssonne ergingen. Doch nicht nur der abendliche Frühling hat sie herausgelockt, auch ein praktischer Moment mag dazu gewirkt haben, die verteilten Holzjettel, denn ein jeder wollte doch wohl sehen, wie und mit was ihn die Stadt bedacht hat. Am Nachmittag fanden hier drei Generalversammlungen statt, vom Reichsbund der Kriegesbeschädigten, dem Konjum- und Sparverein und dem Radfahrerverein, auf die wir wegen Platzmangel erst in den nächsten Tagen eingehen werden.

So ein Montagmorgen . . .

Offen gesagt: solch Montagmorgen empfindet man immer mit etwas sehr gemischten Gefühlen. Man steht noch halb in Feiertagsstimmungen und verwünscht das elende Gerastel des Weckers. So ein Montagmorgen ist wie eine Brücke, die man mühsamlich betritt, eine Brücke vom Feiertag zum Alltag. Der Montagmorgen kostet Ueberwindung seiner selbst. Man beißt die Zähne zusammen, gibt sich innerlich einen Ruck, bis man eben mitten drin steht in der Arbeit und sich tragen läßt von ihrem allgewohnten Rhythmus. Erst dann geht es wieder. Man spricht ja schließlich auch nicht umsonst vom „blauen Montag“, obwohl wohl kaum noch jemand weiß die Bedeutung dieser Worte aufzudecken kann. Ursprünglich ist nämlich bloß der arbeitsfreie Tag vor Aschermittwoch, im Rheinland der Tag vor Faschingsdienstag gemeint gewesen, an dem die Altäre in den Kirchen mit blauem Decken behängt sind. Später wurde die Bezeichnung „blau“ auf jeden Montag übertragen, der zum Vergnügen statt zur Arbeit bestimmt wird. Heute kann es sich kaum noch jemand leisten, am Montag „blau zu machen“ und eine kleine Nachfeier abzuhalten. Aber die Tatsache steht fest: man muß diesen Montagmorgen erst überwunden haben, um wieder mit Lust und Liebe an seine Arbeit gehen zu können.

So ein Montagmorgen ist wie ein Zimmer nach einer durchfeierten Nacht, das man am anderen Morgen betritt und wo uns ein lautes Frösteln besällt. Erst wenn der Morgenwind durch den Raum geweht ist und all die Spuren des Abends verweht sind, dann atmet man wieder auf. Gerade so ist es mit dem Montagmorgen. Man muß ihn erst überwinden haben, innerlich und äußerlich, um den faden Nachgeschmack zu verlieren und den hellen Glanz des Blickes wieder zu bekommen.

So ein Montagmorgen ist die kleine bittere Bille nach den Freuden des Feiertags. Man schluckt sie herunter, weil man weiß, daß es nicht anders geht.

Also finden wir uns ab mit diesem Montagmorgen und geben wir uns früh genug einen Ruck, damit wir wie ein morgenstarker Wanderer den Weg beschreiten zur Arbeit, den Weg, der uns führen soll zum Licht.

Darum frisch ans Werk! Und am Montagmorgen erst recht!

Bezirksversammlung des Bezirksverbands landwirtsch. Genossenschaften

Am Samstag nachmittag fand in der „Traube“ in Altensteig die obgenannte Versammlung statt, bei deren Eingang der Bezirksobmann Schultzeiß, A. Dengler-Ehhausen nach Worten der Begrüßung die beiden Herren des Verbandes bezug der Zentralkasse, Herrn Oberrevisor Bogenrieder und Dipl. Landwirt Teuschländer, willkommen hieß. Er bedauerte den für die wichtige Tagesordnung im Verhältnis schlechten Besuch, es waren ca. 65 Genossenschaftsmitglieder erschienen, und übertrug Herrn D.H. Bogenrieder das Wort zu seinem Vortrag: „Die Zins- und Kreditverhältnisse in der Landwirtschaft“. Auf Grund der Berichte der führenden Wirtschaftskreise ging der Referent auf die allgemeine Wirtschaftslage ein und stellt für das Jahr 1926 eine Besserung entgegen den Vorjahren fest, bedingt z. T. durch die Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen mit dem Ausland. Trotzdem drückte die Dameslast im hohen Grad auf die Entwicklungsmöglichkeit der Industrie und des Handels, besonders aber auf die Landwirtschaft. Der Zusammenbruch der industriellen Kreise und die Zusammenarbeit mit ausländischen Konzernen müsse der Landwirtschaft als Vorbild dienen und ihr beweisen, von wie großem Wert ein Zusammenarbeiten von berufsverwandten Unternehmen ist. Wirtschaftliche Zusammenbrüche seien auch im Jahre 1926 zu verzeichnen gewesen, selbstverständlich auch in der Landwirtschaft. Das sei besonders auf zu hohe Schuldenüberlastung zurückzuführen und die Genossenschaften haben es sich zum Ziel gemacht, hier so gut sie eben können, helfend einzuspringen. Vor allem müsse die Landwirtschaft vor der Aufnahme von zu hoch zu verzinsendem amerikanischem Geld geschützt werden,

Anzeigen ist das BESTE Reklame

den Bau. Vom Genehmigungs- sammeln. Dabei die Gemeinde kauft. Nun ist es ppeel darin wert- re zu tun. Die den, haben noch Abführen des ch freiwillig zur und Fuhrwerk. idigt. In einigen en Kirche gehen,

erfluge eines auf dem Feld Rattfahrd bei Ell- nderballon aus wa 12 Kilometer derballon zurück- d 200 Kilometer

Land

März 1927. aus der Sinnlichkeit Eienhard.

Lehrstelle an der berg, dem Unter- M. Neresheim, Unterlehrer Karl tragen.

, auch wenn man noch hochsieht. Die wird den Menschen konnte man gestern sehen, die sich in der zu ahnende taktischer Moment lzzettel, denn ein das ihn die Stadt drei Generalver- kriegsbeschädigten, idfahrerverein, auf en Tagen eingehen

findet man immer noch halb in Feiern- nach des Westers. e man mißtrauisch . Der Montag- beißt die Zähne man eben mitten von ihrem atge- der. Man spricht n Montag“, ob- ng dieser Worte der arbeitsfreie Tag vor Fastnach- rechen mit blau e Zeichnung „blau“ rgnügen statt zur um noch jemand eine kleine Nach- : man muß diesen wieder mit Lust

immer nach einer orgen betritt und an der Morgen- die Spuren des der auf. Gerade in ihn erstüberwun- en Nachgeschmack es wieder zu be-

re Bille nach den runter, weil man ontagmorgen und mit wir wie ein zur Arbeit, den ontagmorgen

Verbands

ten

„Craube“ in Alten- ei deren Eingang r-Ebhausen nach Verbands bezw. ieder und Dipl. Er bedauerte den schlechten Besuch, hienen, und über- seinem Vortrag: in der Land- führenden Wirt- eines Wirtschafts- efferung entgegen Anbahnung wirt- oydem drückte die gsmöglichkeit der uf die Landwirt- n Kreise und die müsse der Land- von wie großem oten Unternehmen im Jahre 1926 in der Landwirt- udenüberlastung es sich zum Ziel und einzupringen. Aufnahme von zu geschäft werden,

indem die Zentralkasse resp. die ländlichen Genossenschaften in weitgehendem Maße ihren Mitgliedern Geld zur Verfügung stellen können. Benötigt werden keine kurzfristigen Kredite, denn die sind für die Landwirtschaft wertlos. Die Genossenschaftsmitglieder sollten sich bei ihren Genossenschaften Kredite einräumen lassen, um so ihren evtl. Verpflichtungen nachkommen zu können. Maßgebend für die Krediteinräumung ist jedoch nicht allein die Kreditwürdigkeit und der zur Sicherstellung vorhandene Grund und Boden etc., sondern die bei der Kasse zur Verfügung stehenden Mittel. Man müsse sich eben nach der Decke strecken, da die den Genossenschaften bereiten Kredite nicht allzu groß seien. Mit eigenem Geld könne man selbstverständlich am rentabelsten wirtschaften, darum müssen die Vereine rührig sein, Umsätze schaffen und den Umsatz heben um so durch sich die Zentralkasse als Geldgeberin zu stärken. Auch sei die Zentralkasse bereit, kurzfristige Wechsel, besonders Handelswechsel zu diskontieren. Durch die Schaffung eigenen Geldes könne die Zentralkasse unabhängig vom allgemeinen Zinssatz dann auch billigeres Geld geben. Gegenüberstellungen vom Umsatz 1914 und 1925, eigenen und fremden Geldern aus gleichen Jahren zeichnen sehr gut die Spanne zwischen den allgemeinen Zinssätzen und den der Zentralkasse ein und jetzt.

Zu Verhandlungen betr. Kreditgesuche bei maßgebender Stelle benötige die Zentralkasse die statistischen Erhebungen bei den einzelnen Vereinen und der Redner bittet an dieser Stelle um pünktliche und sorgfältige Ausarbeitung des überlieferten statistischen Materials. Bei der Bilanz 1925, für 1926 wird sie in den nächsten Wochen fertiggestellt, habe man 15 Millionen Außenstände besonders beim Warengeschäft feststellen müssen. Nur ein Teil dieses Geldes ermöglichte schon eine bedeutend größere Möglichkeit zur Gewährung von Krediten an die Landwirtschaft, und die einzelnen Redner mühten mehr dahinter her zu sein, die offenstehenden Posten herein zu bekommen. Zur Schaffung der notwendigen Gelder könnte auch die Anlegung eines Kontos in laufender Rechnung für jedes Mitglied beitragen; kein Geld, wenn es auch noch so wenig sei, dürfe zu Hause liegen bleiben. Auch die Kleinsparlassen werden zur Benutzung sehr empfohlen. In den kommenden Generalversammlungen der einzelnen Vereine müsse unbedingt auf die Wichtigkeit der Zugehörigkeit an den landw. Genossenschaften und auf Hebung des Lebens in der Genossenschaft hingewiesen werden. Die Barauszahlung der Gewinne von den Geschäftsanteilen müsse lüchlich vermieden werden, vielmehr sollten diese Beträge als Guthaben wieder angelegt werden. Hierbei kommt der § 28 der Statuten in Frage.

Nunmehr kam der Referent auf die Zinsverhältnisse zu sprechen. Ebenso wie eine Besserung der wirtschaftlichen Lage im vergangenen Jahre festzustellen geseien sei, so habe man auch bei den Zinsverhältnissen eine Entspannung feststellen können. Die Zinsen haben sich nämlich im vergangenen Jahre von 12 Prozent auf 7 Prozent gesenkt. Im Besonderen weist der Referent auf die überaus günstigen Zinssätze der landw. Genossenschaften entgegen den anderen Bankinstituten hin. Doch dürfe man die Zentralkasse bzw. die Genossenschaften nicht als Geldverteilungsstelle betrachten, vielmehr als Geldausgleichstelle. Auch von der Berechnung der Zinsen in ganzen und Prozenten sollte man mit der Zeit abkommen und wieder mehr mit Bruchteilen von Prozenten rechnen lernen. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte der Redner nochmals die Notwendigkeit des Zusammenhalts innerhalb der Genossenschaften und die Hebung des Warenumsatzes. Auf Dank für seine Mühe und Arbeit könne man, wie immer bei solchen Posten, nicht rechnen, vielmehr müsse die Befriedigung, für die Gesamtheit etwas geleistet zu haben, der Dank sein. Herr Schultheiß a. D. Dengler geht nach seinem Dank an den Referenten nochmals auf die Zinssätze ein, ebenso wie bei einer sich anschließenden Diskussion sich verschiedene Gemeinden z. T. für und z. T. gegen die von dem Redner anempfohlenen niederen Zinssätze aussprachen. (Schluß folgt).

Generalversammlung des Turnvereins

Als erster Vorsitzender begrüßte Herr Sattlermeister Braun die am Samstag Abend in den „Gambrius“ anberaumte und sehr gut besuchte Generalversammlung und wies gleich zu Anfang auf die in diesem Jahre durch das bevorstehende Gau- turnfest mannigfaltige Arbeit hin. Doch ist er der festen Überzeugung, daß die Fülle der Arbeit bezwungen wird, wenn ein jeder es sich zur Pflicht macht, einen kleinen Teil vom ganzen im Interesse der Deutschen Turnerschaft zu übernehmen. Nachdem der Schriftführer, Herr Luginisland, den lehrjährigen Gene-

Die Nibelungen

1. Teil: Siegfried.

(Zu unserem Erstaunen haben wir verschiedentlich eine völlige Unkenntnis des Nibelungenliedes bemerken müssen. Bei dieser Voraussetzung ist natürlich auch von einem Verstehen des Filmes keine Rede, denn die Verfasserin des Manuskriptes, Thea von Harbou, als auch der Regisseur, Fritz Lang, haben dies als selbstverständlich angenommen. Aus diesem Grunde geben wir heute den Inhalt des ersten Filmtelles wieder, um evtl. nachträglich noch zum Verstehen beizutragen. Nichtfilmbesuchern wird aber auch die kurze Uebersicht eines Teiles des deutschen Volksepos, des Nibelungenliedes, Interesse abgeben müssen. Den 2. Teil des Filmes „Kriemhilds Raub“, der wahrscheinlich nächste Woche gespielt wird, werden wir vorher des näheren besprechen.

D. Schr.)

Tief im Walde versteckt liegt die Schmiede Wimes, des weltberühmten Meisters edler Waffenkunst. Zu ihm hat König Siegmund von Niederland Siegfried, seinen einzigen Sohn, in die Lehre geschickt, und in der einzigen Gesellschaft des zwerghaften Wime und seiner wüsten Schmiedegesellen wächst der Knabe blondhaarig und strahlend zum Jüngling heran. Mit den Augen neidvollen Hasses schaut Wime ihm zu, wie Siegfried sein eigenes Schwert schmiedet: einen Schwanesflaum haucht er in die Luft und läßt ihn auf die Schwertschneide sinken. In zwei Hälften zerhackt er die Feder herab. Da entläßt ihn Wime: „Rehre beim nach Kanten, Siegfried, König Siegmunds Sohn! Selbst ich vermag dich nichts mehr zu lehren!“ Frohgemut tritt Siegfried vor die Schmiede, um davonzureiten. Doch da hört er einen alten Schmiedeknecht eine Mär erzählen, die ihn aufhorchen läßt: die Mär von Kriemhild, der Königtöchter von Burgund, von Gunther, ihrem Bruder, und der Burg zu Worms, hochragend am Rheine gelegen. Nicht genug zu rühmen weiß der wüste Knecht die fromme Schönheit Kriemhilds. „Ich will ausziehen, Kriemhild zu gewinnen!“ bricht Siegfrieds horchende Bewunderung in Worte aus. „Das Spottgelächter der Knechte macht ihn toll, und er würde den schimmlichen Lacher erwürgt haben, wenn Wime sich nicht ins Mittel legte. Er zeigt ihm die Richtung nach Worms und Siegfried verläßt ihn, frohgemut auf seinem weißen Pferde davonreitend. Aber tüchtig lächelt Wime ihm nach: „Fahre wohl, Siegfried! Du wirst nimmermehr nach Worms gelangen!“ Er weiß nur zu gut, daß auf dem Wege, den er dem Jüngling gewiesen, der Schrecken des Waldes sein Wesen treibt: der Lind-

valerversammlungsbericht verlesen hatte, gab Herr Braun den Tätigkeitsbericht des vergangenen Jahres, aus dem neben den meist bekannten Punkten besonders der Erwerb des Spielplatzes am Kleb hervorzuhelien ist. Auch wurde der Verein gerichtlich eingetragen. Anlässlich des Kaufes des Spielplatzes war eine völlige Umstellung des Kassenwesens von nöten und Herr Kassier Hespeler hatte sich seiner Aufgabe in dieser Beziehung glänzend entledigt. Die Bilanz ergab ein Vereinsvermögen von 1142,22 M und der Kassier ist der festen Überzeugung, daß die noch augenblicklichen Außenstände bei einem einigermaßen Verlauf des Gaufestes in ganz kurzer Zeit erledigt werden können. Ein erfreuliches Zeichen für das Gedeihen des Vereins und für das wachsende Interesse an der Deutschen Turnerschaft ist die ansehnlich gestiegene Mitgliederzahl. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die in groben Umrissen festzulegende Gestaltung des Gaufestes. Ein glänzender Festplatz ist durch den Erwerb des Spielplatzes, der durch rührige Verhandlung der Vorstandschaft um die angrenzenden Wiesen für diese Tage erweitert werden kann und somit sich vom Graben bis zum Garten des Gärtners Raafs erstreckt, gegeben. Die Ausschüsse für die einzelnen Arbeiten sollen erst an einem späteren Termin evtl. nach Ostern gewählt werden. Hervorgehoben wird insbesondere die Notwendigkeit der guten Unterbringung der bereits am Tage vorher eintreffenden Einzelturner, die unbedingt das Gefühl haben müßten, daß in Nagold Interesse an der Deutschen Turnerschaft vorhanden sei. Die Tatsache, an einem Ort anlässlich einer solchen Gelegenheit gut geborgen gewesen zu sein, vergißt man nie und man denkt stets gern wieder an die dort verlebten Stunden zurück.

Eine sehr rege Aussprache rief die Erstellung eines Steges beim Käufer'schen Wehr hervor, der für dieses Jahr nicht nur für das Gaufest sondern vor allem für das Schwimmabad und den neuen Spielplatz eine unbedingte Notwendigkeit geworden ist. Wenn auch durch eine evtl. Wadachkorrektur der Steg überflüssig würde, so wird sich die Korrektur noch solange hinausziehen, daß man bis dahin auf einen direkten Uebergang nach den beiden Plätzen nicht verzichten kann, nicht nur in Anbetracht der Bequemlichkeit sondern auch der Sicherheit, denn auf diese Weise ist eine sofortige Hilfeleistung der Polizei bei evtl. Unfällen im Wabe möglich. Unter diesen Voraussetzungen wird die Ausführung des Stegs durch die Stadt als selbstverständlich angenommen und ein dementsprechender Antrag soll eingebracht werden, d. h. der Ausschuß wird durch die Generalversammlung ermächtigt, die hierzu nötigen Schritte zu unternehmen. Am auch nach außen hin die Einigkeit und Zusammengehörigkeit in der Turnerschaft zu veranschaulichen, soll nunmehr wieder eine einheitliche Turnkleidung getragen werden und zwar wurde von Herrn Tuchfabrikant Wilhelm Kapp ein besonderes blaues Tuch gewoben, das beim Hersteller zu angemessenem Preis zu haben ist. Die Nachart soll eine einfache, oben geschlossene Zippe ohne äußere Taschen sein und die Mitglieder werden erucht, die Knote bei den dem Turnverein angehörenden Schneidermeistern, die ebenfalls günstige Preisstellung zugesichert haben, arbeiten zu lassen. Für die Turner, die noch nicht in dem Besitz einer weißen Hose sind, soll weißes Drillch bestellt werden, um auch in dieser Beziehung eine Einheitlichkeit zu erzielen. Der Preis wird sich hierbei ebenfalls günstig gestalten und Bestellungen sind an den Turnwart zu richten.

Auf Antrag des Vorstandes soll der diesjährige Gau- tag hier in Nagold bar jeglichen Festgepräges sein und sollen z. B. die vielen Festreden, die sonst anlässlich eines solchen Tages auf dem Platz gehalten werden und die Anwesenden zum größten Teil nur langweilen, da sie diese nicht verstehen, fortfallen. Der Tag soll von Anfang bis zu Ende ein turnerisches Gepräge haben. Dafür können am Abend vorher anlässlich eines vorgesehene Banketts die Reden vom Stapel gelassen werden. Ebenso soll zur Symbolisierung des Tages als Turntag bei dem Festzug großartige Festwagen, Reiter und was sonst noch immer zu sehen ist, die mit dem Turnen nichts zu tun haben, weggelassen werden. Erwähnt wird weiter, daß dieser Gau- tag evtl. zum Einweihungstag der neuen Nagolber Festhalle werden kann, die je nach den noch eintretenden Verhältnissen Herr Möbelfabrikant Schneck zu bauen beabsichtigt.

Die alljährlichen Neuwahlen beliehen die althergebrachten Männer auf ihren Posten. Lediglich zur Unterbringung des Frauenturnwarts Frank wurde Gottlob Walz gewählt. Bei den Turnwarten trat infolgedessen eine Änderung ein, als Hezer die Schüller und Klein jr. die Jöglinge übernimmt. Da nun durch die Schaffung eines neuen Spielplatzes das Spiel im Turnverein weiter gefördert werden soll und muß, wählte man

murm, der gewaltige Drache. Träge schleppt er seinen schuppigen Leib zur Duell, um zu faulen. Sein Schnaufen verriet ihn Siegfried, der für den Kampf mit dem Ungeheuer aufnimmt. Sein gutes Schwert verleiht ihm den Sieg, tödlich verumdet verendet der Drache. Ein Blutstropfen, der an Siegfrieds Hand brennt, wird von ihm aufgesogen, und alsbald versteht der Drachentöter die Sprache der Vögel, die ihm künden: Wenn er sich in Drachenblut baden wollte, so würde er unverwundbar werden und gefeit gegen Hieb und Stich. Fröhlich folgt Siegfried dem guten Rat und bemerkt nicht, daß ein Vindensblatt auf seine Schulter fällt, so daß diese Stelle seines Körpers unberührt vom Drachenblut und unverwundbar bleibt. — Die Mär von Siegfried, der den Drachen erschlug, wandert von Mund zu Mund. Auch Volker von Alen, der die Geige wie kein zweiter meistert, singt am Hofe zu Worms das Lied von Siegfried, der den Drachen erschlug, der Alberich, dem König der Nibelungen, den unermeßlichen Hort des Zwergreichs abgewann und mehr als zwölf Könige besiegte und zu seinen Vasallen machte. Noch ist das Lied nicht verstummt, da melden Hornbläser die Ankunft dessen, von dem er sang. Hagen Tronje, König Gunthers treuester und kühnster Vasall, der Eingäuge, warnt seinen König davor, Siegfried einzulassen: ein allzu trohiger Gast wäre wohl Siegfried, der Unbesiegbliche. Aber Volkers ritterlicher Sinn und König Gunthers ablige Sitten überwinden die Bedenken des Tronjes, und im Bankettsaal heißen die Könige von Burgund den Necken Siegfried willkommen. Hinter den Vorhängen ihres Fensters verborgen schaut Kriemhild dem Einzug Siegfrieds zu, in angstvolles Sinnen verloren. Eines Traumes der jüngsten Nacht mußte sie gedenken. Zwei Adler stießen herab auf ihren Liebblingsfallen und zerriß ihn; doch auf die Mahnung ihrer Mutter schmeicht sie sich mit Krone und Mantel zum Empfang. Freimütig wirbt der Held um Kriemhild. Sie soll ihm werden nach Hagens Wort, doch unter einer Bedingung: Siegfried soll als Gunthers Vasall mit den Burgunden nach Jsenland ziehen, nach der flammenden Burg, über der der Himmel ewig im bleichen Nordlicht leuchtet, um Brunhild zu gewinnen, die kühnste und stärkste der Frauen, die nur dem zum Weibe werden will, der sie im Kampfe besiegt und jeden tötet, der ihr unterliegt. Hornig lachend weist Siegfried das Ansuchen zurück, daß er, der zwölf Könige seine Vasallen nennt, selbst eines, Königs Vasall werden soll. Schon scheint es, als wollte das Schwert die Meinungsverschiedenheiten der Parteien austragen, da tritt Kriemhild ein, umgeben von ihren Frauen, um Siegfried den Willkommensstrank zu bieten, und ihr Anblick überwindet den Helden. Die Fahrt nach Jsenland führt zum glückhaften Ziel. Im Schutz der Larnkappe, die Siegfried Alberich genommen, die nicht nur unsichtbar zu machen vermag, sondern auch jegliche Gestalt verleiht, die der Träger will, überwindet Siegfried in Gunthers

Saier als Spielwart und zu dessen Unterstützung Herrgott und Kern. Schwimmwart wurde Wihl. Käufer. Bei verschiedenen kam man auf die Inordnunghaltung der Turnhalle und auch auf die Erneuerung von Geräten zu sprechen und es soll das Ersuchen an das Seminar, das schon seit Jahren die Geräte des Turnvereins benützt, da die eigenen für ein Altertumsmuseum reif sind, gerichtet werden, gelegentlich selbst einmal an die Erneuerung zu denken. Nach mancher Diskussion, die nicht immer ohne eine gewisse Hochspannung war, sang man zur Beruhigung der Gemüter einige Turnerlieder. Dies und Jenes füllte den Abend aus und es war nicht mehr weit von der Polizeistunde entfernt, als man nach der Erledigung der reichhaltigen und umfangreichen Tagesordnung den heimatischen Penaten zustreben konnte.

*

Horb, 7. März. Einstellung des Autoverkehrs Horb-Lügenhardt. Infolge der Verschärfung der ministeriellen Verfügungen, Autolinien, die nicht genehmigt sind, die Eröffnung des Betriebs nicht zu gestatten, mußte der Omnibus-Verkehr Horb-Lügenhardt (Unternehmer Benz & Koch Nagold) bis zu seiner Genehmigung eingestellt werden. Die beteiligten Gemeinden haben bereits durch eine Abordnung das Oberamt ersucht, die Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens zu erwirken. Es ist unverständlich, daß das Ministerium Bestrebungen, die auf eine Verbesserung im Verkehr hinielen und verwirklichen, unterbinden, aus dem Grunde, weil die Eisenbahn z. Bt. nicht in der Lage ist, günstigere Verkehrsbedingungen zu schaffen und in dem Auto einen gefährlichen Konkurrenten sieht. Hier sollte das Wort maßgebend sein, „Freie Bahn dem Tüchtigen“.

Calw, 5. März. Festgenommen. In den letzten Tagen trieb sich ein halbnackter, gefistesgestörter Mann im Wabe in der Nähe der Häuser um und verjeste die Leute in Schrecken. Er wurde festgenommen und zunächst in das Gefängnis gebracht.

Letzte Nachrichten

Vertagung der Entscheidung des Völkerbundsrates im oberschlesischen Schulkonflikt

Genf, 7. März. Von deutscher Seite wird zu dem vom Völkerbundsrat in den nächsten Tagen zu behandelnden Protest des deutschen Volksbundes in Oberschlesien gegen die Schulentscheidung der polnischen Regierung erklärt: Die Eingabe, die dem Völkerbundsrat in dieser Frage vorliegt, behandelt einen Protest oberschlesischer Eltern, die ihre Kinder in deutschen Schulen unterrichten lassen wollen gegen eine Entscheidung der polnischen Regierung. Der deutsche Standpunkt betont, daß es ausschließlich Sache der Eltern wäre zu entscheiden, welche Schule ihre Kinder besuchen sollen. Der Präsident der gemischten Kommission in Oberschlesien, Kalonder, hat bekanntlich bereits die Rechtmäßigkeit des deutschen Standpunktes anerkannt. Die polnische Regierung hat jedoch Kalonders Entscheidung mit großer Entschiedenheit zurückgewiesen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß der Völkerbundsrat bereits in der gegenwärtigen Tagung in dieser für Deutschland so außerordentlich wichtigen Frage zur Entscheidung kommen wird, vielmehr muß damit gerechnet werden, daß der Völkerbundsrat zunächst beschließt, ein Gutachten des Haager Schiedsgerichtshofes über diese Angelegenheit einzuholen.

Strefemann verhandelt selbst

Berlin, 7. März. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Genf beabsichtigt Dr. Strefemann die Eröffnungsansprache in der ersten Sitzung in deutscher Sprache zu halten und sie dann ins Englische und Französische übersetzen zu lassen. Dr. Strefemann wird auch die Verhandlungen in deutscher Sprache leiten.

Japaner in Schanghai gelandet

Berlin, 7. März. Der englische Kommandierende Duncan zog dem „Montag“ zufolge die englischen Truppen aus den japanischen Baumwollspinnereien in der Schanghaier Niederlassung Jangtsepoos zurück und erzwang dadurch die Landung japanischer Matrosen. In einer Stärke von 3000

Gestalt die gewaltige Brunhild. Die Doppelhochzeit zwischen Brunhild und Gunther, Kriemhild und Siegfried wird gefeiert. Sehr wohl weiß Hagen Tronje, daß Brunhild sich Gunther nie zum Weibe geben wird, sie werde denn noch einmal besungen. Mit dem Hinweis auf die beschworene Blutsbruderschaft überredet er Siegfried, noch einmal in der Larnkappe in Gunthers Gestalt Brunhild zu bezwingen. Siegfried sagt sich, wenn auch wiederstrebend. Doch bei dem Kampf mit Brunhild bleibt ein Schlangengreif in seiner Hand. Am Tage, da der Nibelungenhort im Worms eingiebt — Siegfrieds Morgengabe an Kriemhild — findet diese den Schlangengreif und tritt mit ihm geschmückt vor Siegfried. Entsetzt erkennt Siegfried das Eigentum Brunhilds und erzählt die Geschichte des Raubs seinem Weibe, unerbrechliches Schweigen von ihr fordernd. Kriemhild gelobt es, doch sie bricht ihren Schwur. Als Brunhild, die Kriemhild ebenso sehr haßt, wie sie Siegfried liebt, ihr auf dem Wege zum Münster in den Weg tritt, Siegfried als Vasallen Gunthers höhnt und von Kriemhild, der Frau des Vasallen den Vortritt in den Dom fordert, reißt Kriemhild den Schlangengreif hervor und zeigt ihn Brunhild als ein Zeichen, daß nicht Gunther, sondern Siegfried sie besungen habe und an Gunther verschenkt. Rasend vor Scham u. Schmerz fordert Brunhild den Tod Siegfrieds und, da Gunther sich weigert, den Blutsbruder zu töten, lügt sie ihm vor, daß Siegfried ihn zuerst betrogen und ihr mit dem Schlangengreif zugleich ihr Magdum genommen habe. Verstörten Gemüts gibt Gunther den Befehl, Siegfried anlässlich einer Jagd zu töten. Hagen übernimmt es, Kriemhild das Geheimnis zu entlocken, wo Siegfried unverwundbar ist, und an dieser Stelle, die Kriemhild selbst ihm bezeichnet, trifft Siegfried Hagens Speer zu Tode. Als Gunther Brunhild die Kunde von Siegfrieds Tod bringt, bekennet sie ihm mit grausigem Gelächter, daß sie ihn belogen habe und daß Siegfried unschuldig gemordet sei. Außer sich eilt er zu Kriemhild, die in ihrer Kemanete den toten Siegfried gefunden hat, um sie in ihrem Schmerz zu trösten und ihre Verzweiflung zu erleben. Als Hagen ins Gemach tritt, beginnt die Wunde Siegfrieds von neuem zu bluten. So erfährt Kriemhild, wer ihr den Gemahl getötet hat, und forbert von ihrem Bruder Gunther, daß er Siegfrieds Tod an Hagen räche. Doch Gunther und alle seine Sippen stehen zu Hagen und schützen ihn. Da löst sich Kriemhild von den Jhren mit den Worten, die sie zu Hagen spricht: „Ob du dich hinter deinen Sippen birgst, ob an den Altären Gottes, ob am Ende der Welt, Hagen Tronje — du wirst meiner Rache nicht entgehen!“ Dann geht sie in den Dom, wo am Altar die Leiche Siegfrieds aufgebahrt ist, und findet zu seinen Füßen Brunhild, die sich selbst getötet hat. Wie zwei Grabfiguren halten die dunkle und die lichte Frau die Totenwache bei Siegfried, den sie beide geliebt haben.

